

FRAUENSTREIK

Klare Forderung am Frauenstreik: Die Sexarbeit soll respektiert und als Arbeit anerkannt werden

von Lara Frey - az Solothurner Zeitung • Zuletzt aktualisiert am [7.6.2019](#) um 08:15 Uhr



Die Situation der Sexarbeitenden im Kanton Solothurn soll sich seit der Änderung des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes 2016 verschlechtert haben. (Symbolbild)

© Sandra Ardizzone

Weil die meisten Sexarbeiterinnen am Frauenstreik nicht dabei sein können, hat Lysistrada, die Fachstelle für Sexarbeitende im Kanton, ein erstes Zeichen gesetzt. Massiv kritisiert wird das neue kantonale Wirtschaftsgesetz, weil es Verschlechterungen für die Frauen brachte.

Am Donnerstag setzte Lysistrada in Solothurn ein Zeichen. Gefordert wurde die Gleichsetzung der Sexarbeit mit anderen Jobs - und damit der Anspruch auf AHV und Sozialleistungen.

Für die Rechte der Sexarbeitenden einzustehen, ist laut Lysistrada bitter nötig. Melanie Muñoz von der Fachstelle Lysistrada berichtet, dass sich die Situation der Sexarbeitenden im Kanton Solothurn seit der Änderung des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes 2016 verschlechtert hat, obwohl neuerdings erstmals Sexarbeit als Arbeit anerkannt und geregelt ist. Jedoch sei seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zirka ein Drittel der Bordelle geschlossen worden und viele Sexarbeiterinnen arbeiteten aufgrund dieser Schliessungen wieder an nicht offiziellen Orten, was Risiken wie ungeschützten Geschlechtsverkehr, Isolation und unsichere Arbeitsorte mit sich ziehe und wo sie nicht mehr erreichbar für zum Beispiel Präventionsarbeit seien. Meist seien es Migrantinnen, die aus finanzieller Not heraus in die Prostitution einsteigen.

Muñoz kritisiert das Gesetz stark, denn eine gesetzliche Regelung der Sexarbeit sei nur dann sinnvoll, wenn das Gesetz eine Schutz- und nicht eine Kontrollfunktion ausübe. Man müsse Sexarbeit als Arbeit anerkennen und die Sexarbeitenden genau wie alle anderen Arbeitnehmenden an Sozial- und Krankenversicherungen, der AHV oder der Arbeitslosenversicherung teilhaben lassen.



Lysistrada macht mit Aktion in Solothurn auf Sexarbeitende aufmerksam

© Hanspeter Bärtschi

Spannungen unter Feministinnen

In der Schweiz ist Prostitution legal, verschiedene Frauenorganisationen fordern jedoch die Einführung eines Verbotes, da Prostitution aus Frauen ein Konsumgut mache. Melanie Muñoz ist sich der Umstrittenheit des Themas bewusst, sie sieht jedoch die Sexarbeit überhaupt nicht im Widerspruch zu feministischen Anliegen. «Natürlich ist Sexarbeit eine Spiegelung der Geschlechterrollen. Aber sie ist auch eine selbstbestimmte Arbeit und durch selbstbestimmte Arbeit, kann die Frau ihre gesellschaftliche Position verbessern. Häufig ernähren die Sexarbeiterinnen mit ihrem Lohn ihre ganze Familie, das ist ein stark emanzipatorischer Akt.»

Bisher ist sie noch keinen negativen Reaktionen in der Frauenstreikcommunity begegnet. Sollte es jedoch dazu kommen, würden sie und die anderen Mitarbeitenden der Fachstelle den Dialog suchen. Muñoz sieht es als Pflicht des Vereins, die Anliegen der Sexarbeiterinnen an die Menschen zu bringen, da es diese aufgrund der Stigmatisierung der Prostitution nicht selbst tun könnten. Ein Prostitutionsverbot, beziehungsweise ein Sexkaufverbot, wie im sogenannten schwedischen Modell, das auch in Frankreich, Island und Norwegen in Kraft ist, sieht Lysistrada als Gefahr. Mit dieser Ansicht steht der Verein nicht alleine da: Auch der Bundesrat ist zum Schluss gekommen, dass ein derartiges Verbot mehr Risiken für die Sexarbeitenden mit sich ziehe und zu mehr Menschenhandel führe.

Am Frauenstreik tritt Lysistrada mit klaren Forderungen auf: Die Sexarbeit soll respektiert und als Arbeit anerkannt werden. Es soll eine Entkriminalisierung und Entstigmatisierung stattfinden und die Sexarbeitenden sollen mehr Arbeitnehmerrechte und Schutz bekommen.

© Copyright 2010 – 2019, Oltner Tagblatt